

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bauzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks. **Ältestes Blatt im Bezirk.** - - - Erscheint seit 1848.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neulirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.30 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda** Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 3spaltige Grundzeile (Zim. No. 20) oder deren Raum 40 Pfg., drucke Anzeigen 30 Pfg. Im Tegeteil (Zim. No. 17) 90 Pfg. die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. - **Amliche Anzeigen** die 3spaltige Zeile 70 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 158.

Freitag, den 11. Juli 1919.

73. Jahrgang.

Ratifikation des Friedensvertrages in der Nationalversammlung.

Weimar, 9. Juli. (B. T. B.) Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 45 Min. Tagesordnung: Ratifikation des Friedensvertrages. Von der Deutschnationalen Volkspartei ist eine Entschließung eingebracht worden, die Ratifikation vorzunehmen unter einem ausdrücklichen Vorbehalt, betr. Art. 227-230, betr. Unterordnung der Frage von der Schuld am Kriege durch einen neutralen Gerichtshof. Dazu wird in der 2. Lesung Stellung genommen.

Reichsminister des Auswärtigen Müller

führt aus: Ausfrachten bleibt heute und immer unser einstimiger Protest gegen diese Vertrag gewordene Vergewaltigung, aber ebenso unsere Zustimmung der Vertragserfüllung bis zum äußersten; aber für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir haben die Ratifikation beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Wenn das Wort Frieden nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Lebhafte Beifall.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten und dem Papst für unsere Kriegsgefangenen von ganzem Herzen. Wir haben nicht die Macht zu verhindern, daß ein Teil von Deutschland abgerissen werde ohne Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen werden, wie wir auch fest glauben, daß sie uns niemals vergessen und verleugnen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit all den Kräften, die uns verbleiben, so ausstatten, daß in unseren Schwefeln und Brüdnern, die uns entrispen werden, das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit noch bleibt, bis in einem wahren Bund der Völker alle strittigen nationalen Probleme eine gerechte, d. h. den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Krähig (Soz.): Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertreibt und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herrschaft zwingt. Unzerbrechbar bleibt das Bündnis mit Österreich und die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes in einem Einheitsstaat vereint werden. Protest erheben wir gegen die Wegnahme der Kolonien. Wer unser Volk als den Schuldigen am Kriege hinstellt, spricht eine wesentliche Unwahrheit aus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen. Wir sind überzeugt, an einem Tage wird sich die Macht der internationalen Klassenbewußten Arbeiter stärker erweisen, als der Imperialismus. Dann wird auch das Unrecht dieses Krieges widerrufen werden.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Der Friedensvertrag ist das Ergebnis einer uns bis über den Friedensschluß hinaus verfolgten Unversöhnlichkeit. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und immer Überzeugung, sondern lediglich aus dem harten Zwange. Binnen kurzem wird sich zeigen, daß der Friedensvertrag in vielen und wesentlichen Teilen unersetzbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. Schäding (Dem.): Die demokratische Fraktion erklärt, daß sie dem Gesetz nicht zustimmen kann. Einig wissen wir uns mit dem ganzen Hause in der moralischen Beurteilung des Friedensvertrages. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir setzen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Wiedererwachen und Erstarren des Rechtsgedankens. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Traub (Deutschnat.): Der Vertrag ist unerfüllbar, das werden wir immer wiederholen. Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung. Sollte man es wagen, die Hände auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! Die Ehre ist alles. Die Bünde dieses Friedensschlusses wird nicht vernarben, sie soll nicht vernarben. (Stürmischer Beifall rechts, lebhafter Beifall und Handklatschen auch auf den Tribünen, was Präsident Fehrenbach rügt.)

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Die deutsche Volkspartei wiederholt nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ablehnung. Wir bitten und ermahnen das deutsche Volk, die Reihen zu

schließen, sieberhaft zu arbeiten und den Glauben an das Vaterland nicht zu verlieren. Wir kehnen einen solchen Frieden heute und immer ab. (Beifall.)

Abg. Henke (U. S. P.): Wir stimmen dem Friedensvertrag zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die Auslieferung der Gefangenen. Wir grüßen die Flammezeichen innerhalb der revolutionären Arbeiterklasse im Osten und Westen Europas und reichen den Proletariern der ganzen Welt die Bruderhand zum Kampfe für die Weltfreiheit.

Abg. Winnig (Soz.) legt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens, zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlich Verwahrung ein gegen die Feststellung des deutschen Ostens. Einst wird kommen der Tag, da der Sieg des Rechtes das Unrecht von Versailles wieder gut machen wird. (Lebhafte Beifall.) Desgleichen der Abg. Wespötte (Zentr.) legt namens der Abg. und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebiete Verwahrung ein und der Abg. Waldstein (Dem.) im Namen der Schleswig-Holsteiner.

Präsident Fehrenbach: Ein echter deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen, Elsch-Lothringen. Ich fühle mich vor der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

Abg. Schiffer (Dem.) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause, damit wir innerhalb der Fraktionen zu der überraschenden Entschließung der Deutschnationalen Stellung nehmen können. Der Präsident versetzt unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlag des Abg. Schiffer und beauftragt die nächste Sitzung auf 12 Uhr ein.

Um 12 Uhr 25 Min. eröffnet Präsident Fehrenbach wieder die Sitzung. Das Haus geht zur zweiten Beratung des Ratifikationsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entschließung umgeändert und zu einem Abänderungsantrag zum Gegenwurf selbst gemacht.

Abg. Schiffer (Dem.): Wir werden gegen den Antrag stimmen, bedauern, daß er überhaupt eingereicht wurde. Offensiv verbindet die Partei des Herrn Schulz-Bromberg mit ihrem Antrag nur parteipolitische Ziele. (Sehr richtig und lebhaft Zustimmung bei den Mehrheitsparteien, stürmischer Widerspruch und Pfuirufe rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.): Unser Antrag ist der letzte Schrei nach Gerechtigkeit eines Volkes, das dem Untergang bestimmt ist. (Beifall rechts.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Die Zeit der Vorbehalte ist vorbei. Heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Was würden unsere Feinde in diesem Antrag sehen? Nichts weiter als ein letztes Randver, als eine letzte Schiebung. (Sehr richtig und lebhaft Zustimmung der Mehrheitsparteien.) Nur mit lokalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit solchen Anträgen wird sie schlecht eingeleitet.

Abg. Löwe (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern auch die ganze Rede des Abg. Traub widerspricht der Würde dieser Stunde.

Abg. Dr. Delbrück (Deutschnat.): Unser Antrag ist schon gestern in der Fraktion beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überraschen.

Abg. Hauke (U. S. P.): Der Abg. Traub hat deutlich gezeigt, daß Sie (nach rechts) nur Parteiinteressen verfolgen. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gegenwurfes ohne Änderungen. Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach tritt das Haus sogleich in die dritte Beratung ein. Das Wort wird nicht verlangt.

Auf Antrag des Abg. Richter-Ostpreußen (Deutschnat.) erfolgt namentliche Abstimmung. Daran beteiligen sich 323 Abgeordnete,

208 mit Ja, 115 mit Nein.

Damit ist das Gesetz angenommen.

In der Radmittagsitzung, die um 3 Uhr begann, setzte das Haus die Beratung der Steuervorlagen fort.

Die sämtlichen Steuervorlagen werden auf Antrag des Abg. Schiffer (Demokrat) an drei Ausschüsse von je 28 Mitgliedern verwiesen.

Das noch zur dritten Beratung stehende Reichssteuergesetz wird an den Ausschuss zurückverwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Verfassungsentwurfs.

Ruhe vor dem Sturm.

Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Vertreter.) Wir nehmen die Dinge viel zu leicht. Wird ein Streik nach einigen Tagen beigelegt, so glauben wir, die Bewegung erstickt und Frieden und Freude im Lande. Wahrheit ist aber, daß selbst siegreich beendete Streiks in vielen Tagen nur als Generalprobe gelten können. Hinter den Kulissen sitzen Personen, die die Fäden ziehen und den Umsturz im Deutschland langsam aber sicher organisieren. Sie sind nicht zu fassen, sie wissen sich stets rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, haben ihre Bedenken und Schutzgarde. So können sie die Fäden ziehen, einmal hier versuchen, wie der Streik klappt, einmal dort die Probe vornehmen. Das ewige Proben muß aber einmal zu einem einheitlich, gut einstudierten Spiel führen. Und dieses Spiel, der große Generalstreik in Deutschland, wird kommen. Man hat bisher immer vom Generalstreik gesprochen, selbst wenn es sich um kleine örtliche Streiks handelte. Das war nicht der große Streik, der in dem Begriff „Generalstreik“ gemeint ist. Wenn alle Räder stille stehen, wenn keiner arbeitet, wenn es weder Verkehr, noch Licht gibt, wenn alle Hände selbst im kleinsten Betriebe ruhen und keine Streikbrecher mehr in die Werke springen, dann kann man von einem gelungenen Generalstreik reden.

Auch der Eisenbahnerstreik ist eine Probe zu diesem Generalstreik gewesen. Die Drahtzieher wollten sich vergewissern, wie weit ihre Organisation gelungen ist. Noch durften sie nicht zufrieden sein; denn es ließ sich keine Einheit im Eisenbahnerstreik erzielen. Hier und da staute er ab und schief ein. Alle Räder standen nicht still. Sie werden also noch weiter arbeiten und organisieren müssen und es wird noch eine geraume Zeit vergehen; dann aber wird eines Tages der Streik über uns kommen, der uns völlig vernichten muß, der die Regierung stürzt und den Kommunismus ans Ruder bringt. Es wird allein von den Arbeitern abhängen, ob sie weiter Puppen im Spiel der Drahtzieher sein wollen. Allen Anschein nach ist bis heute auf eine Einsicht und Auslieferung der Bernunft unter den Arbeitern nicht zu rechnen.

Die Lage in Hannover.

Hannover, 9. Juli. (B. T. B.) Bei Schießereien in der vergangenen Nacht wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im ganzen 5 Tote und 7 Verwundete. Der kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterschaft beantragte Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt. Das Erscheinen der „Roten Fahne“ und des „Volksrechtes“ ist verboten worden. Drei Kommunistenführer wurden verhaftet, deren Hauptführer Gottberg entkam. Bei nächtlichen Plünderungsversuchen wurde ein Mann in Rotfarnform getötet.

Einigung mit Polen?

Berlin, 10. Juli. (Von unserem Berliner Vertreter.) Nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet worden ist, und die deutsche Regierung damit ihr Einverständnis zur Abtretung reindeutscher Gebiete im Osten gegeben hat, ist es jetzt ihre Aufgabe, sich darüber klar zu werden, wie sie diese Bedingungen zu erfüllen gedenkt. Wie ich von maßgebender Stelle erfahre, hält es die Regierung für ratsam, über diese Punkte direkt mit der polnischen Regierung in Verhandlungen einzutreten. Bei diesen Verhandlungen würde das deutsche Volk durch Vertreter Preußens und Deutschlands vertreten sein. Die deutsche Regierung ist über Versailles an die Entente herantreten mit der Bitte, diesen Vorschlag den Polen zu übermitteln. Die deutsche Regierung hat gleichzeitig den Wunsch ausgesprochen, daß die bevorstehende Regelung in freundschaftlichster und zugleich korrektester Weise erfolgen möchte. Sie schlägt vor, daß für beide Teile Kommissionen ernannt werden sollen, die möglichst sofort in Berlin zusammentreten sollen. Man ist in hiesigen Regierungskreisen der Ansicht, daß die Entente diesen Schritt Deutschlands mit Sympathie begrüßen wird, da sie selbstverständlich ein großes Interesse daran hat, die Regelung der Ostfragen in möglichst ruhiger Weise zu erlebigen.

osen Ein-
ine Nach-
cht vor.
Die engli-
stigt mit
Neusee-
ropa ge-
in Eng-
berinnen
gen Bun-
u fragen.
ihre Hei-
re Ange-
einfachen
en. Be-
sch: nach
den alles
ebensge-
der Rich-
e zweite
itim er-
ag, ohne
meritas.
st- oder
Motor-
h. trotz
Fabri-
hr 1919
n Stück
in infän-
er Neu-
rück sein
zahl der
den von
mes auf
blättern
9 mehr
rd aber
nd Her-
blößen
Amte-
See sind
sberge
et etwa
blieben
en, daß
Anfolge
det sich
ebentel.
unter-
h dem-
die, die
satlan-
er Zone-
os vor
fotof-
resszeit
re Ge-
u; die
Som-
ahren
nders
Der
Ex-
verteht.
Stroh-
auch
verfüllt
entila-
stimmung
übert
der.
en.)
g die-
pft an
Unter-
ander
dann
gleich-
er der
rütete
gang.
des
fällen
An-
inten-
ngen
st er-
stark
Ruh
unter-
hände
reitet.
diese
son-
it der
be-
oder
stark
Ich
ehen.
das
wie
wie-
wird
schen
der
be-
ngen,
hilf-
i. S.